Es ist geplant, eine Reithalle auf dem Grundstück Gemarkung Osterwick, Flur 22, Flurstück 133, Midlich 4, zu errichten. Im Jahr 2004 wurde für den vorgenannten Bereich bereits der Bebauungsplan aufgestellt. Ziel war es, über den Bestand hinaus eine bauliche Erweiterung der Hofstelle in Form einer Reithalle in Richtung Norden zu ermöglichen. Laut vorliegendem Antrag wurde die Baugenehmigung zur Errichtung einer Reithalle aus 2006 nicht in Anspruch genommen, da die Nutzung teilweise in Bestandsgebäuden untergebracht worden ist.

Nun soll eine kleinere Halle, als in 2006 geplant, parallel zur Straße K 32 errichtet werden, um westlich noch einen Außenreitplatz schaffen zu können. Entwurfspläne sind in **Anlage II** beigefügt.

Es ist zur Realisierung des Vorhabens nötig, die Baugrenzen zu erweitern. Im aktuellen Bebauungsplan sind zwei separate Baufenster ausgewiesen, die nun erweitert und somit zusammengefügt werden sollen.

Alle anderen textlichen und zeichnerischen Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes sollen unverändert bleiben.

Die Durchführung der Änderung kann im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) erfolgen, da die Grundzüge der Planung von der Änderung nicht betroffen sind. Eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ist nicht erforderlich. Auf die Umweltprüfung, den Umweltbericht und die Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie die zusammenfassende Erklärung kann im vereinfachten Verfahren verzichtet werden.

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung zur 1. Änderung der 5. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Eichenkamp“ im Ortsteil Osterwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB ist als **Anlage III** beigefügt.

Bei Bauleitplanverfahren, die ganz oder überwiegend im Interesse von Bauwilligen liegen, ist die Gemeinde bestrebt, die entstehenden Kosten der Planungen ganz oder anteilig auf die Veranlasser der Planungen angemessen umzulegen.

Der Rat der Gemeinde Rosendahl hat daher in seiner Sitzung am 03. September 2015 beschlossen, dass grundsätzlich bestimmte Bauleitplanverfahren nur noch begonnen werden, wenn zuvor mit der Gemeinde ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zur Kostenübernahme abgeschlossen wurde.

Der städtebauliche Vertrag wird bis zum Aufstellungsbeschluss vorbereitet und unterzeichnet.

Zur Einleitung des Verfahrens ist nunmehr der Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB zu fassen. Dieser ist ortsüblich bekannt zu machen.

In diesem vereinfachten Verfahren werden der betroffenen Öffentlichkeit und den betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.

Im Auftrage:

Schlüter
Sachbearbeiterin

Im Auftrage:

Brodkorb
Fachbereichsleiterin

Kenntnis genommen:

Gottheil
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage I: Antrag auf Bebauungsplanänderung vom 04.05.2018

Anlage II: Entwurfspläne (Lageplan und Ansichten)

Anlage III: Bebauungsplanentwurf mit Begründung